

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Jürgen Koppelin,
Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/123 –**

Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer

A. Problem

Nach Auffassung der Fraktion der FDP bedeute bereits die Diskussion um eine mögliche Anhebung der Mehrwertsteuer angesichts ohnehin steigender Steuern und Abgaben eine weitere Belastung des wirtschaftlichen Klimas. Der Antrag fordert aus diesem Grund, die Mehrwertsteuer in dieser Legislaturperiode nicht zu erhöhen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 15/123 abzulehnen.

Berlin, den 18. Dezember 2002

Der Finanzausschuss

Christine Scheel
Vorsitzende

Stefan Müller (Erlangen)
Berichtersteller

Kerstin Andreae
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Stefan Müller (Erlangen) und Kerstin Andreae

1. Verfahrensablauf

Der von der Fraktion der FDP eingebrachte Antrag (Drucksache 15/123) wurde in der 12. Sitzung des Deutschen Bundestages am 3. Dezember 2002 dem Finanzausschuss zur federführenden Beratung und dem Rechtsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, dem Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, dem Ausschuss für Tourismus und dem Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen. Alle mitberatenden Ausschüsse haben in ihren Sitzungen am 18. Dezember 2002 votiert. Der Finanzausschuss hat ebenfalls in seiner Sitzung am 18. Dezember 2002 zu der Vorlage Stellung genommen.

2. Inhalt der Vorlage

In dem Antrag der Fraktion der FDP wird gefordert, die Mehrwertsteuer in dieser Legislaturperiode nicht zu erhöhen. Die Fraktion der FDP begründet den Antrag damit, dass steigende Steuern und Abgaben den Bürgern Kaufkraft entzögen und die Unternehmen belasteten. Dies habe zur Folge, dass die Wirtschaft nicht wachsen könne, die Konjunktur sich nicht belebe und zunehmend Arbeitsplätze abgebaut würden. In dieser Situation sei allein die Diskussion um eine Anhebung der Mehrwertsteuer eine weitere Belastung für das wirtschaftliche Klima, weil Bürger und Unternehmer weiter verunsichert würden.

3. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Ausschuss für Tourismus** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Haushaltsausschuss** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

4. Ausschussempfehlung

Die Fraktion der FDP hat in der Ausschussberatung ausgeführt, dass diejenigen, die diesem Antrag zustimmten, die Diskussion um eine Erhöhung der Umsatzsteuer beenden und somit das wirtschaftliche Klima nicht weiter belasten wollten. Eine solche Erhöhungsdiskussion trübe die Wachstumserwartungen in Deutschland weiter ein. Außerdem hätten alle Fraktionen in ihren öffentlichen Verlautbarungen geäußert, dass es keine Erhöhung der Umsatzsteuer geben solle. Deshalb hoffe die Fraktion der FDP auf breite Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Bundesregierung hat deutlich gemacht, dass sie die Diskussion um eine Erhöhung der Umsatzsteuer ebenfalls für schädlich halte, diese Diskussion aber niemals von der Bundesregierung ausgegangen sei.

Die Fraktion der CDU/CSU hat die Sichtweise der Bundesregierung zurückgewiesen. Im Entwurf des Steuervergünstigungsabbaugesetzes – Drucksache 15/119 – seien massive Erhöhungen der Umsatzsteuer geplant. Dem Finanzausschuss liege nunmehr der Antrag der Fraktion der FDP vor, der ein klares Votum des Deutschen Bundestages gegen eine Erhöhung der Umsatzsteuer fordere und den die Fraktion der CDU/CSU unterstütze. Die Diskussion um eine Erhöhung der Umsatzsteuer sei folglich von der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen begonnen worden.

Die Koalitionsfraktionen haben in ihrer Stellungnahme zu dem Antrag darauf hingewiesen, dass der Entwurf des Steuervergünstigungsabbaugesetzes lediglich den Abbau von steuerlichen Ausnahmetatbeständen vorsehe. Dazu gehöre u. a. die teilweise Anhebung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von derzeit 7 Prozent auf den Regelsteuersatz in Höhe von 16 Prozent. Die zukünftige Nichtanwendung des ermäßigten Steuersatzes bei bestimmten Umsätzen unterscheide sich gravierend von einer generellen Erhöhung des Regelsteuersatzes. Nach Auffassung der Koalitionsfraktionen gebe es keinen Anlass für einen solchen Antrag, wie ihn die Fraktion der FDP gestellt habe. Die Koalitionsfraktionen haben außerdem zu bedenken gegeben, dass die Fraktion der FDP wesentlichen Regelungen des geplanten Steuervergünstigungsabbaugesetzes zustimmen müsse, wenn sie die in dem vorliegenden Antrag gestellte Forderung „Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer“ konsequent vertrete. Andernfalls müsse die Fraktion der FDP Alternativen zur Finanzierung anstehender staatlicher Aufgaben aufzeigen.

Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/123 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Berlin, den 18. Dezember 2002

Stefan Müller (Erlangen)
Berichterstatter

Kerstin Andreae
Berichterstatlerin

